

Medienmitteilung

Jona, 24. August 2020

Spitalversorgung in der Zentralschweiz gefährdet

Die Spitäler der Zentralschweiz lehnen die Vorschläge des Bundesrates ab

Die vom Bundesrat in die Vernehmlassung geschickte Revision der Krankenversicherungsverordnung (KVV) wird sich auf die Spitäler der Zentralschweiz verheerend auswirken. Die KVV Revision gefährdet die Gesundheitsversorgung in der Region, da sie in unverhältnismässiger Weise die Kompetenzen der Kantone beschneidet.

Der Bundesrat hat im Februar 2020 die Revision der Krankenversicherungsverordnung KVV in die Vernehmlassung gegeben. Die Vorschläge des Bundesrates mit den viel zu detaillierten Kriterien greifen massiv in die kantonale Spitalplanung sowie die Preisgestaltung bei den stationären Spitaltarifen ein.

Die in der Revision vorgeschlagenen Massnahmen wirken sich gravierend auf die Spitallandschaft und somit auf die Gesundheitsversorgung der Bevölkerung aus. Die Preisfindung mittels des vorgeschlagenen Benchmarkings führt unweigerlich zu einer substanziellen Unterfinanzierung der Spitäler mit entsprechend hohen Kostenfolgen für die Kantone. Dagegen wehren sich Kantone sowie Spitäler gemeinsam vehement. Bei Erlass der Verordnung rechnet der Branchenverband H+ schweizweit mit einer Schliessung von ca. 120 Spitälern und einem Personalabbau von rund 10'000 Spitalangestellten. Die Vorlage verursacht massive Mehrkosten, schafft noch mehr Fehlanreize und fördert zusätzlich bürokratische Strukturen. Damit würde ein weiterer administrativer Moloch in Bundesbern geschaffen.

Die Spitäler-Zentralschweiz lehnen die KVV-Revision ab; primär aus folgenden Gründen:

- Mit dem KVV-Entwurf werden in verfassungswidriger Art Sachverhalte geregelt, die gesetzlichen Grundlagen bedürfen; der Bundesrat überschreitet seine Kompetenz in mehrfacher Hinsicht und verschafft sich zusätzliche Befugnisse zu Lasten der Kantone.

- Das heute gut funktionierende Versorgungssystem wird gefährdet; die KVV-Revision bewirkt einen Spitalabbau in einer Zeit, wo die Pandemieerfahrungen zeigen, wie wichtig eine sachgerechte regionale Versorgung für die Bevölkerung ist. Diese erlaubt es auch, die notwendigen Bettenkapazitäten, wenn erforderlich, bereit zu stellen.
- Die vorgeschlagene Leistungsvergütung mit einem Benchmark auf dem 25. Perzentil als Höchstwert, führt zu einer verheerenden Unterfinanzierung der Spitäler und gefährdet nachhaltig sowie langfristig die Schweizer Gesundheitsversorgung. Künftige Generationen werden für die Versäumnisse aufkommen müssen.

Gefährdete Versorgung auch in der Zentralschweiz

Obwohl das Bundesverwaltungsgericht in einem Urteil aus dem Jahr 2019 die Anwendung des 25. Perzentils im Benchmark als «gravierend verzerrt» verworfen hat, will der Bundesrat diesen Effizienzmassstab für das Benchmarking vorschreiben. Die Wahl eines niedrigen Perzentils führt zu einer laufenden und raschen Reduktion des Benchmarkwertes, was das Überleben vieler Spitäler gefährdet. Wer diese jährliche Unterdeckung von über 1.2. Mia. (Quelle: SpitalBenchmark) finanzieren soll, bleibt der Bundesrat in seinen Ausführungen schuldig. Naheliegender ist, dass die öffentliche Hand, d.h. Kantone und Gemeinden, für die entstehende Unterfinanzierung aufkommen müssen. Es muss davon ausgegangen werden, dass keine einzelne Massnahme im Verordnungsentwurf effektiv kostensenkend wirkt. Im Gegenteil, die vorgeschlagenen Massnahmen führen zu einer weiteren bürokratischen Flut welche schon heute kaum zu bewältigen ist und unnötig personelle wie auch finanzielle Ressourcen absorbiert.

Die Spitäler Zentralschweiz setzen sich dafür ein, dass diese Verordnung nicht in Kraft tritt.

Nur so kann sichergestellt werden, dass in Zukunft die Gesundheitsversorgung der Zentralschweiz in entsprechender Qualität unter Berücksichtigung wirtschaftlicher Gesichtspunkte gewährleistet wird.

Medienkontakt

Markus Rüdüsüli, Geschäftsführer, 079 707 10 58, ruedisueli@spitaeler-zentralschweiz.ch